



NR°1
Januar 2019

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: Rebekka Kipfer

DAMIT WERTE WIEDER ZÄHLEN!

Vor hundert Jahren aus sozialer Not und Unruhen heraus gegründet und immer noch aktuell: Die EVP Schweiz nutzt ihren hohen Geburtstag, um ihre Werte in den Handlungsfeldern ethisches Unternehmertum, Religion, Kultur und Gesellschaft, Kampf gegen Ausbeutung und Menschenhandel sowie Generationenpolitik zu fokussieren. Eine glaubwürdige Verbindung unserer DNA mit den Bedürfnissen breiter Bevölkerungskreise, ist EVP-Präsidentin und Nationalrätin Marianne Streiff überzeugt:

Die Überschrift lässt vermuten, dass sie schon mal zählten, die Werte. Oh ja! Zum Beispiel vor exakt 100 Jahren, als die Evangelische Volkspartei der Schweiz entstand. Die soziale Not nach dem ersten Weltkrieg und die Auseinandersetzungen zwischen bürgerlichen und sozialistischen Kräften, die 1918 zum Generalstreik führten, motivierten Christen, eine Partei zu gründen, die sich mit christlichen Werten für das Wohl der Bevölkerung einsetzt. Gegründet wurde sie in der kleinen Stadt Brugg. Der Name entspricht dem Begriff «Brücke». So standen also «klein» und «Brücke» Pate bei der Taufe der kleinsten Volkspartei der Schweiz. Bis heute versteht sich die EVP als Angebot einer Brücke zwischen Links und Rechts. Gäbe es einen Taufschein, wäre dort als Leitmotiv die Trilogie GLAUBE, HOFFNUNG, LIEBE vermerkt. Sie zählten fortan zu den erkennbaren Lebensgrundlagen der EVP Schweiz. Glaubwürdigkeit, Wertschätzung, Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit bildeten die unverwechselbaren wertorientierten Merkmale der Partei und gehören – wie wir heute sagen – zur DNA der EVP.

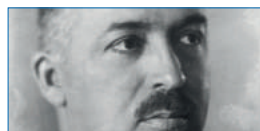
Die DNA befindet sich in jeder einzelnen Zelle eines Lebewesens. Darin ist abgespeichert, wie das Lebewesen aufgebaut ist und funktioniert. Die DNA der EVP passt heute mehr denn je in ihrer Geschichte zu den Bedürfnissen vieler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Auch heute steht die Schweiz wieder vor grossen Herausforderungen. Unsere Beziehung zu Europa, die Migration, die Herausforderungen im Gesundheitswesen und in den Sozialversicherungen – das alles polarisiert in der Politik und in der Bevölkerung. Wie vor hundert Jahren sehnen sich auch heute deshalb breite Bevölkerungskreise nach wertorientierten politischen Akteurinnen und Akteuren. Mit der Werteorientierung unserer Schwerpunkte ethisches Unternehmertum, Religion, Kultur und Gesellschaft, Kampf gegen Ausbeutung und Menschenhandel sowie Generationenpolitik für das laufende Jubiläums- und Wahljahr, schaffen wir eine glaubwürdige Verbindung zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und unserer DNA. Die EVP steht für eine Schweiz des Miteinanders. Nutzen wir unseren Geburtstag, um die Zukunft zu gestalten. Damit Werte wieder zählen.

FÜR DIE WÜRDE

6 - 7

Ärzte verweigern die Richtlinien ihrer Akademie zum Umgang mit Leben und Tod! Warum?

FÜR DIE SCHWEIZ



Sie wollten ihr Land mit christlichen Werten mitgestalten: Vor 100 Jahren gründeten Christen die EVP Schweiz!

4 - 5

FÜR DIE MENSCHEN

12

Waffenexport in Bürgerkriegsländer geht gar nicht! Deshalb jetzt Initiative unterschreiben!

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser

«Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand» heisst der Titel des weltweiten köstlichen Bestsellers von Jonas Jonasson. Der Roman handelt vom schwedischen Altersheimbewohner Allan Karlsson, der an seinem 100.

Geburtstag aus dem Fenster steigt

und abhaut. Seine gute Gesundheit und sein wacher und neugieriger Geist treiben ihn hinaus aus dem Altersheim, wo eben die grosse Feier steigen soll.

Einen ähnlichen Aufbruch wünsche ich der heuer hundertjährigen EVP Schweiz. Natürlich nicht, dass sie verschwindet, aber dass sie aufbricht und mit wachem und neugierigem Geist ins nächste Jahrhundert startet. Auch sie ist bei sehr guter Gesundheit und hellwach. Und sie ist voller Lebensfreude, um die kommenden Lebensjahre mit ansteckender Leidenschaft für eine enkeltaugliche Schweiz zu füllen.

Ihr lest darüber mehr in dieser Akzente-Nummer 1 des Jubiläums- und Wahljahres. Ich wünsche mir, dass ihr euch alle von dieser Leidenschaft packen lasst und wir uns auch weiterhin gemeinsam freudig für Mensch und Umwelt einsetzen werden. An der Geburtstagsfeier vom 9. März 2019 auf dem Gurten werden wir das gebührend feiern.

Vor hundert Jahren, 1919 mitten in den politischen Wirren nach dem 1. Weltkrieg und dem Landesgeneralstreik, wurde die EVP gegründet. Einerseits als Antwort auf die Pol-Bildung in der Politik und andererseits gegen die Ausbeutung von Menschen.

Auch heute werden in hohem Masse Menschen ausgebeutet, werden wahre Menschen zu Menschenware. Und nicht nur das: Ausgebeutet werden auch die Natur, die Umwelt, die Lebensgrundlage unserer Kinder und Enkelkinder. Wir müssen uns dringend dafür einsetzen, dass unsere Werte in der Politik gehört und gelebt werden. Dafür steht die EVP seit hundert Jahren. Dafür steht sie nach wie vor, heute und morgen! Sie will im Wahljahr bewegen und auffallen, durch Einsatz, Glaubwürdigkeit und gezielte Wertepositionierung. Danke fürs Mitmachen!

Herzlich Eure

Marianne Streiff
Präsidentin der EVP Schweiz

EVP AUF SOCIAL MEDIA

www.facebook.com/evppev

[@evppev](https://twitter.com/evppev)

PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 1. Dezember in Winterthur für die Volksabstimmungen vom 10. Februar und 19. Mai 2019:

VOLKSINITIATIVE



«ZERSIEDELUNG STOPPEN – FÜR EINE NACHHALTIGE SIEDLUNGSENTWICKLUNG (ZERSIEDELUNGSINITIATIVE)»

JA

BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE GENEHMIGUNG UND DIE UMSETZUNG DES NOTEN-AUSTAUSCHS ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND DER EU BETREFFEND ÜBERNAHME DER RICHTLINIE (EU) 2017/853 ZUR ÄNDERUNG DER EU-WAFFENRICHTLINIE (WEITERENTWICKLUNG DES SCHENGEN-BESITZSTANDS)



JA

O-TON



Zitat Nik Gugger im Artikel von Lisa Aeschlimann

«Politiker aus beiden Lagern treten an mich heran und fragen, ob ich zwischen den Flügeln vermitteln kann.»

In Der Landbote vom 12. Dezember 2018

TERMINE 2019

10.02. Eidgenössische Volksabstimmung

04.03. - 22.03. Frühjahrssession der eidgenössischen Räte

08.03. Parteikonferenz

09.03. 100. ordentliche Delegiertenversammlung – Jubiläumsfest 100 Jahre EVP Schweiz



Luft nach oben

Kennen Sie auch Menschen, die nur an Weihachten und Ostern zur Kirche gehen? Ich bin jeweils freudig überrascht, sie zu sehen – und dennoch etwas wehmütig, weil irgendwie viel mehr möglich wäre.

Ähnlich geht es mir in der Politik: In manchen Diskussionen über Christsein und Politik höre ich von lieben Geschwistern, wir sollten uns als EVP doch bitte auf ethisch-moralische Themen beschränken. Als ob wir zu Themen wie Flüchtlingspolitik, würdiger Arbeit, Ausbeutung von Rohstoffen, Menschenhandel oder nachhaltiger Generationenpolitik weniger beizutragen hätten...

Als Christen sind wir aufgerufen, überall dort die Stimme zu erheben, wo Menschen oder Probleme drohen, vergessen zu gehen.

Ich wünsche mir gerade für das Wahl- und Jubiläumsjahr 2019, dass die Menschen in unseren Dörfern und Städten die EVP und ihre Politik nicht nur bei den obligaten «christlichen» Themen wahrnehmen. Aktivieren wir das brachliegende Potenzial!

FRANÇOIS BACHMANN,
VIZEPRÄSIDENT EVP SCHWEIZ
francois.bachmann@pev-vd.ch

GEGEN ZERSIEDELUNG, FÜR LANDSCHAFT UND LEBENSQUALITÄT

Die Initiative will eine weitere Zersiedelung der Schweiz verhindern. Stattdessen will sie nachhaltiges Wohnen und eine hochwertige Verdichtung fördern. Mit 64 zu 30 Stimmen sprachen sich die Delegierten der EVP Schweiz Anfang Dezember für eine Annahme der sogenannten Zersiedelungsinitiative aus.

Die Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)» verlangt, dass Bauflächen nicht weiter vergrössert werden und Neueinzonungen durch Rückzonen an einem anderen Ort kompensiert werden. Bauen ausserhalb der Bauzone wird auf landwirtschaftliche und standortgebundene Anlagen beschränkt.

Zersiedelung und ihre Folgen

Seit 1985 wurde in der Schweiz eine Fläche von 584 Quadratkilometern überbaut, was etwa der Grösse des Genfersees entspricht. Mit der Überbauung verschwindet Kulturland, das essenziell für die Landwirtschaft ist. Durch zerstreutes Bauen steigt das Verkehrsaufkommen mit negativen Auswirkungen auf Umwelt und Lebensqualität. Die Biodiversität leidet ebenfalls, überbaute Grünfläche ist für lange Zeit verloren.

Verantwortungsvoller Umgang

Bei Annahme der Initiative müsste planungs- und verantwortungsvoller mit dem Boden umgegangen werden. Eine Umsetzungsmöglichkeit ist die Förderung nachhaltiger Quartiere. Diese sind besonders umweltfreundlich und raumplanerisch durchdacht, so dass im Idealfall Wohn- und Arbeitsort nahe beieinander liegen. Stau und Verkehr würden abnehmen, Lebensqualität und Freizeit erhöht.

Mängel heute

Das aktuelle Raumplanungsgesetz ist grundsätzlich nicht schlecht, es weist dennoch

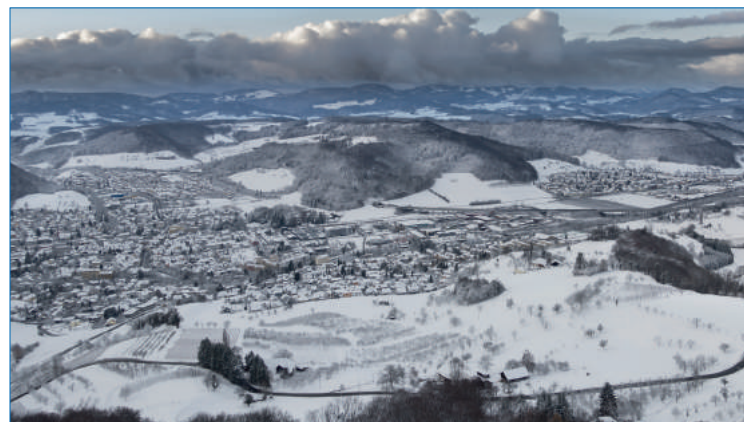


Foto: pixabay.com

Jeden Tag werden in der Schweiz Grünflächen in der Grösse von 8 Fussballfeldern überbaut. Das will die Initiative ändern.

einige Mängel auf. Die grösste Schwäche ist, dass sich das RPG am Bodenverbrauch orientiert. Wird mehr Bauland überbaut, so wird mehr Bauland eingezont.

Parlamentarier dagegen

Der Ständerat lehnt die Initiative deutlich ab, die grosse Kammer ebenfalls. Die Nationalräte der EVP enthielten sich der Stimme. Die grössten Kritikpunkte sind, dass

Kantone und Gemeinde, die haushälterisch mit dem Boden umgegangen sind, in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stark eingeschränkt wären. Zudem ist offen, ob sich ein den Bedürfnissen von Bevölkerung und Wirtschaft gerecht werdender Ausgleichsmechanismus überhaupt bewerkstelligen liesse.

VON MORRIS WEYERMANN,
PRAKTIKANT EVP CH
praktikantin@evppev.ch

WAS SPRICHT DAFÜR?

1. Der Umgang mit dem Boden ist verschwenderisch, da das Bauland immer weiter vergrössert wird.
2. Durch die Zersiedelung steigt das Verkehrsaufkommen und es entsteht viel Lärm und Abgase.
3. Es ist Aufgabe der Raumplanung dafür zu sorgen, dass die Distanzen zwischen Wohnen und Arbeiten nicht grösser werden.
4. Das neue Raumplanungsgesetz schützt nur ungenügend vor weiterer Überbauung, da das Bauland nicht begrenzt ist.
5. Ist der Boden einmal überbaut, ist er für lange Zeit zerstört.
6. Die Landwirtschaft verliert mit jedem überbauten Quadratmeter Boden ein Stück ihrer wichtigsten Ressource.
7. Die Initiative bewahrt die schönen Landschaften in der Schweiz und damit auch unsere Lebensqualität.

«Von Verantwortungsgefühl für den Mitmenschen keine Spur!»

Die Schweiz im Nachkriegsjahr 1919. Christen gründen die Evangelische Volkspartei, EVP. Sie wollen ihre Mitchristen motivieren, Verantwortung zu übernehmen und ihre Gesellschaft mitzugestalten. Angesichts sozialer Not und tiefer politischer Gräben zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft wollen sie Brücken bauen und die Politik auf Basis der Werte des Evangeliums mitprägen.

Am Ende des 1. Weltkriegs bestand eine tiefe Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, an der die Gesellschaft auseinanderzubrechen drohte. Der

Schaffhausen im Hotel «Rotes Haus» in Brugg. Sie entschieden, eine evangelische Partei zu gründen. Die Gründung fand schliesslich am 10. Mai 1919 im Zwinglisaal des Vereinshau-

Bächtold, Professor für Geschichte an der Universität Basel und später deren Rektor. Er war ab 1920 erster Redaktor der Evangelischen Volkszeitung. Mit seinen Leitartikeln prä-

entschlossener Bruderliebe, die sich gründet auf den Gehorsam gegen den Willen Gottes.» Er äusserte sich zum Arbeitsverhältnis, zu Sozialversicherung und Verbraucherpolitik, zu Erziehung, Familie, Schule sowie Steuerpolitik. Diese Leitsätze sind auch heute bedenkenswert zum Beispiel folgende:

«Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung: Es ist vor allem die verfassungsmässige Grundlage für diese Zweige der Sozialversicherung zu schaffen.»

«Eine grundsätzlich verstärkte Ausgestaltung ist bei den Erbschaftssteuern anzustreben.» «Dem Uebel der Steuerhinterziehung, wie es unter dem Deckmantel des Bankgeheim-

«Dem Hausbesitzer sind seine Mieter, dem Fabrikanten seine Arbeiter... vielfach blosses Material, aus dem man den grösstmöglichen Nutzen auspresst, um Geld zu verdienen! Von einem Verantwortungsgefühl für die Seelen der Untergebenen, der Mitmenschen, keine Spur.»

Hans Hoppeler EVP-Nationalrat 1919-1939

Generalstreik war sichtbarer Ausdruck dieser krassen Gegensätze, aber auch die Volksabstimmung zur heiss umkämpften, schliesslich erfolgreichen Einführung des Proporzwahlverfahrens für den Nationalrat. Die Proporzwahl gab erstmals auch kleineren Gruppierungen die Chance, in Parlamenten vertreten zu sein. Evangelischen Christen war es ein Anliegen, diese gesellschaftlichen Gräben zu überbrücken. Am 4. März 1917 gründeten sie deshalb in Uster die «Protestantisch-christliche Partei». Auf Anhieb gewann sie im Kanton Zürich zwei Kantonsratssitze. Parallel dazu gründeten Christen in der Stadt Bern die «Politische Vereinigung christlicher Bürger». Diese trat erstmals 1917 zu den Wahlen an und errang einen Sitz im Stadtparlament.

Etwas Tapferes tun

Auf Einladung des Berners Arnold Muggli trafen sich am 8. März 1919 dreissig Männer aus den Kantonen Bern, Zürich, Aargau, Basel-Stadt und

ses «Glockenhof» in Zürich statt. Dort prangte das Wort des Reformators, welches als Leitspruch dienen sollte: «Tut um Gottes Willen etwas Tapferes». Arnold Muggli wurde erster Zentralpräsident. An der Generalversammlung am Ostermontag 1920 zählte die junge Partei bereits 1'200 Mitglieder.

Volkspartei aus allen sozialen Schichten

Die Gründer wählten einen Namen, der immer noch Gültigkeit hat. Die EVP ist eine Volkspartei. Sie ist keine Massenpartei, doch hat es in ihr Christen aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten. Christen sollten wesentliche Fragen miteinander diskutieren und sich dann in die Gesellschaft einbringen. Schon den Gründern ging es nicht darum, eine besondere Ideologie zu vertreten. Das entscheidende Anliegen war, evangelische Christen zu ermutigen, die Gesellschaft mitzugestalten.

Sozialpolitische Richtlinien

Wegweisend für die Anfangsphase der EVP war Hermann

te er die Debatten. Im Januar 1921 stellte er 26 Leitsätze als «Sozialpolitische Richtlinien» vor, die er für die Delegiertenversammlung erarbeitet hatte. Er ging aus vom «Geist



Foto: Archiv

Hans Hoppeler, EVP-Nationalrat 1919 - 1939

100 JAHRE EVP SCHWEIZ - DIE GRÜNDERJAHRE 1919 - 1945

nisses und in anderen Formen verbreitet ist, ist der Geist peinlich genauer Steuertreue entgegenzusetzen.»

Dass die von Hermann Bächtold formulierten Leitsätze und seine profilierten Zeitungsartikel auch Widerstand hervorriefen, ist nicht verwunderlich. Er hatte jedoch immer die Rückendeckung des Zentralvorstands. Aus diesen «sozialpolitischen Richtlinien» entstand schliesslich 1926 das erste Parteiprogramm der EVP Schweiz.

Hans Hoppeler im Nationalrat

Im Herbst 1919 beteiligte sich die EVP in den Kantonen Zürich mit und in Bern ohne Erfolg an den Nationalratswahlen. In Zürich wurde der 40 Jahre alte Arzt und Schriftsteller Dr. med. Hans Hoppeler in den Nationalrat gewählt. Er gehörte diesem während 20 Jahren an. Als einziger EVP-Vertreter in all diesen Jahren prägte er das Bild der Partei. Er war ein konservativer, jedoch im guten Sinne eigenständiger Mann. Er übernahm in späteren Jahren die Redaktion der Evangelischen Volkszeitung. Theophil Oppliger, langjähriger Zentralkassier der EVP Schweiz und Zeitgenosse Hoppelers: «Es ist kaum zu ermessen, mit was für einem Strom von Ideen und Anregun-

gen er durch Wort und Schrift die Parteiarbeit befruchtete und anfeuerte.» Hans Hoppeler war ein sprachgewaltiger, hinreissender Redner. Er war durchaus angriffig und besass gleichzeitig einen versöhnlichen Humor.

Profil in der Bundespolitik

Die EVP engagierte sich 1931 für die damals leider noch erfolglose Einführung der AHV und 1941 mit ihrem Nein zum Obligatorium des militärischen Vorunterrichtes. Unmissverständlich war der Einsatz gegen den Nationalsozialismus. So wurde 1931 festgehalten: «Der Nationalsozialismus ist aufgebaut auf einer widerchristlichen Verherrlichung und Verabsolutierung der Rasse... Der Nationalsozialismus lässt sich leiten von einem ganz masslosen, unchristlichen Judenhass.»

Aufstieg und Rückgang in den Kantonen

1919 entstand die EVP im Kanton Bern, 1920 zog die EVP im Kanton Basel-Stadt mit zwei Sitzen in den Grossen Rat ein. 1921 erhielt die EVP im Kanton Aargau zwei Sitze im Grossen Rat. 1922 wurden die EVP des Kantons Baselland und der Stadt Schaffhausen gegründet. Während zwei Amtsdauern war die EVP in den dreissiger

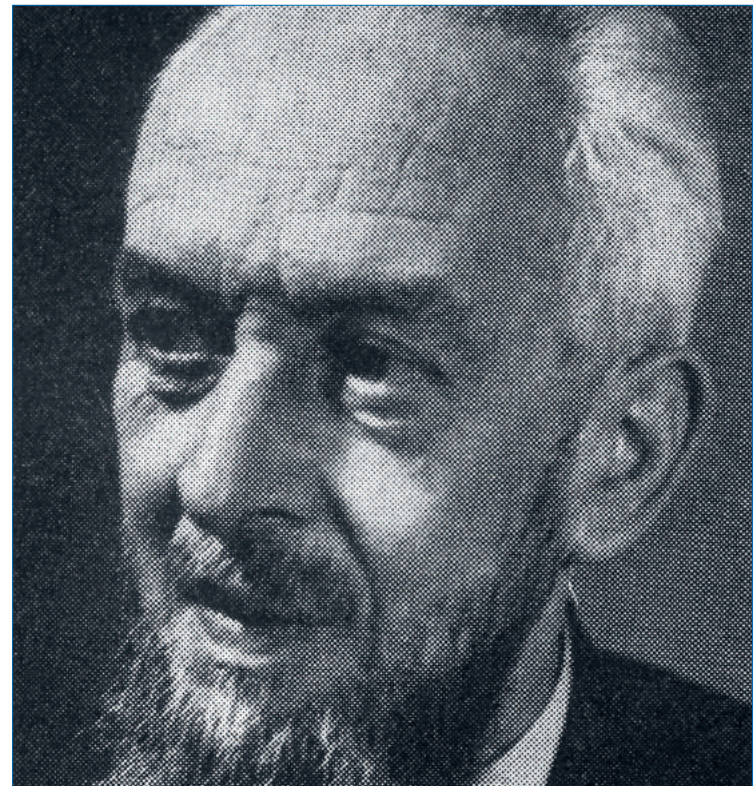


Foto: Archiv

Paul Zigerli, EVP-Nationalrat 1943 - 1956

Jahren im Kantonsparlament St. Gallen vertreten. In den Kantonen Zürich, Aargau,

in unserem Land. Er äusserte sich im Rat sachbezogen und engagiert. 1956 starb er im Amt.

«Ich persönlich pfeife auf jedes Christentum, das beim Portemonnaie aufhört.»

Paul Zigerli EVP-Nationalrat 1943 - 1956

Basel-Stadt, Baselland und Schaffhausen erreichte die EVP in den zwanziger und dreissiger Jahren jeweils mehrere Sitze in den Kantonsparlamenten. 1938 stellte sie im Kanton Baselland den Landratspräsidenten. Insbesondere während des 2. Weltkriegs war jedoch ein markanter Rückgang zu verzeichnen. Ende 1944 gab es in vier Kantonsparlamenten lediglich ein halbes Dutzend EVP-Kantonsparlamentarier.

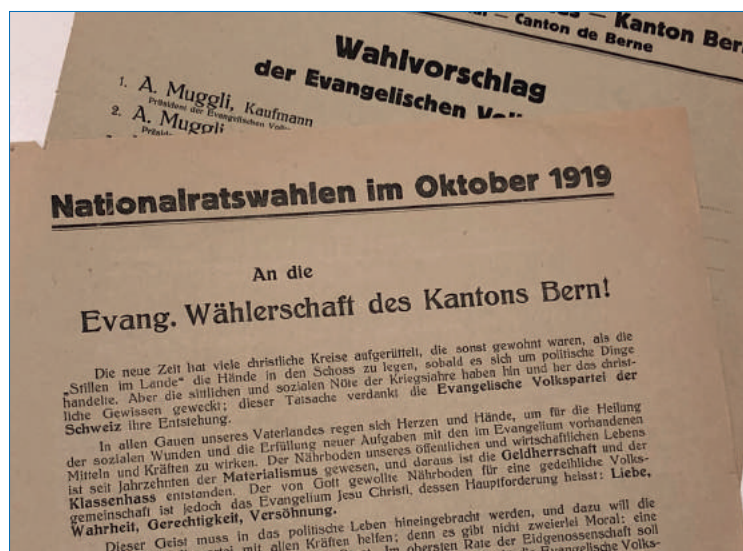
Startschuss für den Schweizer Gewässerschutz

Nach vierjährigem Unterbruch errang die EVP im Kanton Zürich 1943 wieder einen Sitz im Nationalrat. Gewählt wurde der 60jährige Ingenieur Paul Zigerli. Sein Postulat 1944 «Rettet die Gewässer» war der Startschuss für den Gewässerschutz

Als Redner an der Delegiertenversammlung 1944 sprach der bekannte Theologieprofessor Emil Brunner in einem Grundsatzreferat über die politische Verantwortung der Christen. Er folgerte: «Auf alle Fälle aber ist es gut, dass wenigstens eine Partei – und mag sie auch klein sein – da ist, die es sich zur ersten Aufgabe gemacht hat, von der christlichen Erkenntnis aus Politik zu machen.» Emil Brunner wurde im höheren Alter selbst Mitglied der EVP. Ein Vierteljahrhundert nach der Gründung sollte ein neuer, kontinuierlicher Aufstieg beginnen.

Fortsetzung im Akzente 02/2019

HEINER STUDER
ALT-NATIONALRAT
heinerstuder@hotmail.com



Der Wahlvorschlag der EVP bei den Nationalratswahlen 1919

«Der Schutz eines jeden Lebens ist Grundlage und Voraussetzung für Freiheit.»

Im Oktober weigerte sich die Schweizerische Ärztekammer erstmals seit 20 Jahren neue Richtlinien der Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) in ihre Standesordnung aufzunehmen. Diese sahen vor, dass ein Arzt einem Patienten dann ein tödliches Medikament zum Sterben verabreichen darf, wenn ein «unerträgliches Leiden» vorliegt. Dr. Susanne Lippmann-Rieder erläutert im Interview, welche Türen die Richtlinie sonst noch öffnen wollte und weshalb sich die Ärztevereinigung weigerte, hindurchzugehen.



Dr. Susanne Lippmann-Rieder, 60, Psychiaterin und Psychotherapeutin FMH, Vizepräsidentin der Hippokratischen Gesellschaft Schweiz, verheiratet, wohnhaft in Uetliburg.

Am 24. Oktober 2018 hat die Ärztekammer der FMH die Aufnahme neuer Richtlinien der SAMW zum Umgang mit Sterben und Tod abgelehnt. Es ist das erste Mal seit zwanzig Jahren, dass Richtlinien der SAMW nicht in die Standesordnung der Vereinigung der Schweizer Ärzte aufgenommen worden sind. Welche Punkte sind in diesen neuen Vorgaben so stossend, dass sie derart Widerstand auslösten?

Die SAMW hatte in den abgelehnten Richtlinien einen Paradigmenwechsel vollzogen. Sie wollte den in der niederländischen «Euthanasie»-Diskussion verwendeten schwammigen Propagandabegriff «unerträgliches Leiden» als Kriterium dafür einführen, dass der Arzt Beihilfe zum Suizid leisten kann. Neu wäre nicht nur für Menschen, die dem Lebensende nahe sind, Beihilfe zum Suizid durch den Arzt möglich geworden, sondern für alle, die «un-

erträglich leiden» und die als urteilsfähig beurteilt worden sind. Die Ärztekammer votierte mit grossem Mehr gegen diesen unbestimmten Rechtsbegriff und hat damit ein deutliches Bekenntnis zum ärztlichen Ethos abgegeben. Gegen diese Richtlinien gab und gibt es allerdings noch weitere gewichtige Argumente.

Welche denn?

Ein weiterer gewichtiger Punkt ist die Ausweitung des Geltungsbereiches der Richtlinien auf «Kinder und Jugendliche jeden Alters, sowie Patienten mit geistiger, psychischer und Mehrfachbehinderung». Dieser Punkt benötigt eine vertiefte Diskussion, die im Vorfeld nicht stattgefunden hat. Aus juristischer Sicht hat die Rechtsanwältin Prof. Dr. Isabella Häner in einem Memorandum darauf aufmerksam gemacht, «dass die SAMW-Richtlinien die Möglichkeit zur Durchführung eines assistierten Suizids für Kinder und Jugendliche unter

der Voraussetzung des Vorliegens der Urteilsfähigkeit grundsätzlich vorsehen bzw. generell nicht ausschliessen». Ich kritisiere die neuen Richtlinien grundsätzlich. Beihilfe zum Suizid ist keine ärztliche Tätigkeit. Die Richtlinien verlassen den Boden der unveräusserlichen natürlichen Menschenrechte, die den

werden, Suizidhilfe anzubieten oder Dienstleistungen zur Planung oder Durchführung zu leisten. Das ist in den geltenden Richtlinien so und wäre auch mit den geänderten Richtlinien nicht anders gewesen. Allerdings gibt es international bereits Tendenzen, Druck auf Ärzte auszuüben, die keine Suizidhilfe leisten wollen, zum

«Beihilfe zum Suizid ist keine ärztliche Tätigkeit. Die Richtlinien verlassen den Boden der unveräusserlichen natürlichen Menschenrechte.»

Schutz eines jeden Lebens als Grundlage und Voraussetzung für Freiheit gewährleisten und widersprechen damit fundamental nationalem und internationalem Recht.

Kann nicht jeder Arzt weiterhin selbst entscheiden, ob er Suizidhilfe ablehnt, selbst wenn die Voraussetzungen erfüllt sind?

Ja. Kein Arzt kann verpflichtet

Beispiel in Kanada.

Entspricht es nicht unserer heutigen Gesellschaft, dass die Menschen nicht nur selbstbestimmt leben, sondern auch selbstbestimmt sterben wollen – und eben auch selbst entscheiden wollen, ob und wieviel sie leiden können und wollen?

Wir Menschen machen uns etwas vor, wenn wir denken,



Foto: pixabay.com

Die SAMW-Richtlinien hätten assistierten Suizid für Kinder und Jugendliche nicht ausgeschlossen.

wir könnten über alles selber bestimmen. Die Selbstbestimmung ist ein Trend und es besteht die Gefahr, dass der Begriff dogmatisch verwendet wird. In Tat und Wahrheit ist echte Autonomie ohne menschliche Verbundenheit nicht möglich. Da Menschen von Natur aus soziale Wesen und aufeinander angewiesen sind, ergänzen Autonomie und Fürsorge einander. Zum guten Glück wird in letzter Zeit in Fachkreisen diese Frage vermehrt reflektiert und diskutiert.

Macht es denn wirklich Sinn, unerträgliches Leiden zu ertragen? Ist es nicht verständlich, dass die Menschen sich und anderen das nicht zumuten wollen? Manche sehen es als eine Art Akt des Erbarmens, einen Menschen zu erlösen, der unerträglich leidet?

Es kann sein, dass ein Mensch sein Leiden als unerträglich und sein Leben als nicht mehr lebenswert empfindet. Genau dann benötigt er menschlichen und fachlichen Beistand. Er braucht eine Ärztin oder einen Arzt, der ihn nicht aufgibt, der in seiner Suizidalität einen Ausdruck menschlicher Not sieht und der alles daran setzt, das Leiden zu lindern. Die Medizin und im speziellen auch die Palliativmedizin hat heute viele Möglichkeiten, kranken und leidenden Menschen zu helfen.

Gerade bei lebensbedrohlich Erkrankten folgt auf eine Phase der Suizidalität oft eine vom Erkrankten und den Angehörigen als sehr wertvoll und intensiv erlebte Zeit.

Auch gilt es zu bedenken, dass der assistierte Suizid als «Alternative» zur menschlichen ärztlichen und pflegerischen Betreuung und Zuwendung benutzt werden könnte, um Kosten zu sparen.

Jeder von uns hat sich sicher schon einmal gefragt, wie er



Foto: pixabay.com

Sterbehilfe als Alternative zu pflegerischer Betreuung und Zuwendung, um Kosten zu sparen?

oder sie selbst mit unerträglichem Leid oder qualvoller Krankheit umgehen würde. Wie hast du diese Frage für dich selbst beantwortet?

Durch meinen Beruf habe ich das Privileg, Menschen in verschiedensten schwierigen Lebens- und auch Leidenssituationen zu erleben. Mir imponieren Menschen, die Hilfe

«Mir imponieren Menschen, die zu ihren Einschränkungen stehen und Wege suchen, jeden Tag neu zu beginnen und einen Sinn darin zu finden.»

annehmen können, zu ihren Einschränkungen stehen und einen Weg suchen, jeden Tag wieder neu zu beginnen und einen Sinn darin zu finden. Auf jeden Fall wünsche ich mir Menschen, denen ich meine Sorgen und Nöte unverblümt schildern könnte und die mir menschlich und fachlich beistünden.

Sind für dich als Ärztin und Christin Fälle denkbar, in denen Beihilfe zum Suizid angebracht sein könnte?

Nein. Für mich kommt es nicht in Frage, in irgendeiner Art bei einem assistierten Suizid teilzuhaben. Als Ärztin habe ich die Garantenpflicht für das Leben.

In den Medien kamen in den

letzten Jahren immer wieder Forderungen auf, Menschen mit schweren psychischen Krankheiten, altershalber oder auch wegen einer Demenz sollten die Möglichkeit zum assistierten Suizid haben. Wäre dies in den neuen Richtlinien enthalten gewesen?

Natürlich kenne ich diese Forderungen und sie wären tat-

sächlich in den neuen Richtlinien enthalten gewesen. Doch: Gerade bei einem schweren Leiden darf kein Türchen geöffnet werden für die Möglichkeit der Suizidbeihilfe. Wer zum Suizidwunsch eines anderen Menschen keine Stellung bezieht, diesen bejaht oder sogar Beihilfe leistet, übernimmt damit die Beurteilung von dessen Leiden als «unerträglich» und seines Lebens als «nicht lebenswert». Damit verstärkt er die Suizidalität des Notleidenden und verweigert ihm wirkliche menschliche Hilfeleistung. Alleine die Diskussion dieser Fragen erhöht den Druck auf Betagte, Behinderte und Kranke, nicht mehr länger leben zu wollen.

Wie geht es nun nach der Ablehnung der FMH weiter?

Es ist mit überarbeiteten Richtlinien zu rechnen. Was dann mit diesen geschieht, liegt in der Verantwortung von uns allen.

Was würdest Du von Seiten der Politik erwarten?

Sie soll achtsam sein, den Schutz des Lebens als oberstes Ziel des Rechtsstaates beizubehalten. Wünschens- und unterstützenswert ist der weitere Ausbau der Palliativmedizin, etwa die Förderung der Ausbildung oder der Ausbau ambulanter und stationärer Angebote.

Welche Aufgaben siehst du für unsere Gesellschaft?

Ich lege das Gewicht auf die Frage des Ausbaus einer «Kultur der Sorge» und der «Fürsorglichkeit» in unserer Gesellschaft. Grundlegend muss ein ernsthaftes Nachdenken darüber einsetzen, wie das Zusammenleben in der Gesellschaft so gestaltet werden kann, dass niemand in schwierigen Lebenssituationen alleine gelassen wird. Dazu gehört auch, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Ärzteschaft nicht aufs Spiel gesetzt werden darf.

**INTERVIEW: DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH**
dirk.meisel@evppev.ch

Die EVP als Themenführerin mit Schlagkraft

Der Parteivorstand hat einen intensiven Herbst hinter sich. Genau ein Jahr vor den nationalen Wahlen arbeitete er an seiner zweitägigen Klausur intensiv an den strategischen Zielen der Gesamtpartei für die nächsten Jahre. In zwei Folgesitzungen wurden diese dann konkretisiert und mit dem Feinschliff versehen.

Besonders herausfordernd: In unserem föderalen System hat auch eine nationale Partei verschiedene Hüte auf. Einerseits soll die EVP Schweiz auf nationaler Ebene Politik betreiben, Entscheide mitprägen und Themen auf die politische Agenda bringen.

Mutterpartei mit zwei Hüten
Andererseits ist die EVP Schweiz als Mutterpartei auch eine Art Konzern für alle Kantonalparteien, Sektionen und Mitglieder, welche die Politik vor Ort, also in den Kantonen und Gemeinden prägen. Hier ist die EVP Schweiz zwar nicht unmittelbar verantwortlich, da hauptsächlich die Kantonalparteien für den Parteaufbau und die Politik vor Ort zuständig sind. Nichtsdestotrotz ist es natürlich auch ein Grundanliegen der EVP Schweiz, dass sich möglichst an jedem Ort der Schweiz EVP-Personen aktiv in der Politik einbringen.

5 strategische Schwerpunkte
Schliesslich definierte der Parteivorstand fünf strategische Schwerpunkte, die in den



Foto: pixabay.com

Quo vadis EVP? Der Parteivorstand arbeitete an seiner Klausur intensiv an Strategie und Zielen.

nächsten Jahren angegangen werden sollen:

1. Die EVP hat in der nationalen Bundespolitik politische Schlagkraft.

Damit meinen wir, dass die EVP zu politischen Fragestellungen rasch, kompetent und überzeugend Antworten liefern kann und dass die Vorstösse unserer Nationalräte im Rat und medial wahrgenommen werden und etwas bewirken.

2. Die EVP ist Themenführerin in den Schwerpunktthemen. Die EVP möchte in ihren Schwerpunktthemen Akzente setzen und Lösungsvorschläge vorstellen. Ziel ist, dass die EVP in der öffentlichen Wahrnehmung mit bestimmten Themen in Verbindung gebracht und aktiv darauf angesprochen wird.

3. Die EVP hat politischen Einfluss auf Kantons- und Gemeindeebene. Politischen Einfluss auf Kantons- und Gemeindeebene wollen wir grundsätzlich durch Legislativ- und Exekutivmandate erreichen, in denen sich EVP-Personen vor Ort aktiv einbringen können und der EVP damit lokal ein Gesicht geben.

4. Die EVP hat mediale Aufmerksamkeit. Mediale Aufmerksamkeit ist für eine politische Partei zentral, um wahrgenommen zu werden. Lokale, regionale und nationale Medien sollen über die EVP und über die Vorstösse unserer Exponenten berichten sowie über

unsere Ideen und Lösungsansätze.

5. Die EVP-Community lebt und ist aktiv.

Als kleine Partei können wir in der Schweiz etwas bewegen, wenn wir unsere Kräfte bündeln und uns gegenseitig stärken. Das Politisieren in der EVP soll Spass machen, in lebendigen Gruppen sollen spannende und lebendige Aktivitäten durchgeführt und damit Mitglieder und Freunde aktiviert werden.

Auf Basis dieser Schwerpunkte hat der Parteivorstand mehrjährige strategische Ziele sowie Jahresziele für das Jahr 2019 abgeleitet und dazugehörige Massnahmen formuliert. Die Umsetzung erfolgt nun schrittweise und in Absprache mit den Vertretern der Kantonalparteien, damit ich an dieser Stelle hoffentlich dann nach und nach von kleinen Erfolgserlebnissen berichten kann.

VON ROMAN RUTZ
GENERALSEKRETÄR EVP SCHWEIZ
roman.rutz@evppev.ch



Fruchtbares Ringen um das gleiche Verständnis

Ein schlagkräftiges Kompetenzzentrum gegen Cyber-Kriminalität soll die Schweiz schützen

Nachdem EVP-Nationalrat Nik Gugger letzten Sommer am eigenen Leib einen Erpressungsangriff durch Internet-Kriminelle erlebt hatte, fragte er den Bundesrat, was die Schweiz konkret gegen Cyber-Kriminalität unternimmt. Die Antworten befriedigten nur teilweise. Nun will Gugger Taten sehen: In einer breit abgestützten Motion fordert er den Bundesrat auf, ein Cyber-Kompetenzzentrum einzurichten.

Der Bundesrat wird darin beauftragt, die Schaffung eines departementübergreifenden Cyber-Kompetenzzentrums sofort an die Hand zu nehmen. Die Kosten sollen sich die Departemente teilen. Zudem sollen von Cyber-Angriffen betroffene Organisationen und Personen sofortigen Zugang zu professioneller und staatlich koordinierter Ersthilfe von Bund und Kantonen erhalten, um ihren wirtschaftlichen oder persönlichen Schaden in Grenzen zu halten.

Die Schweiz, so Gugger in seiner Begründung, ist Ziel verschiedenster Cyber-Angriffe. Sie wird sogar als Operationsbasis für die Ausführung zum Teil globaler, gezielter Cyber-Angriffe missbraucht, die Unternehmen, Behörden, Staaten und Einzelpersonen zum

Ziel haben. Die Bandbreite der Angriffe reicht von der illegalen Beschaffung von Informationen (Spionage) über kriminelle Betrugs- oder Erpressungsversuche bis hin zur Manipulation von Menschen, Maschinen und Prozessen.

Der Schweiz fehlt eine nationale Führungsplattform, die in der Lage ist, die verschiedensten Ressourcen aus den einzelnen Departementen wie zum Beispiel Nachrichtendienst, EDA, GWK oder militärische Spezialformationen zusammen mit den kantonalen und lokalen Expertengruppen gezielt und koordiniert zum Einsatz zu bringen. Gerade bei komplexen Cyber-Angriffen spielt aber der Faktor Zeit eine zentrale Rolle. Deshalb muss der Staat hier die föderalistischen und bürokratischen Hindernisse mit geeigneten interkantona-

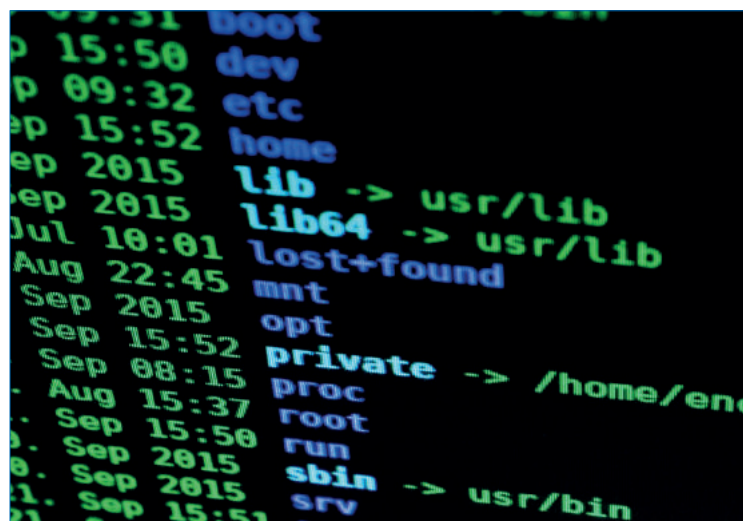


Foto: pixabay.com

Die Schweiz ist ungenügend gegen Cyberkriminalität gerüstet.

len und auf Bundesressourcen zugreifenden Massnahmen und Mitteln reduzieren. Das Fehlen geeigneter landesweiter Analyse- und Abwehrmassnahmen für signifikante Angriffe im Cyber-Bereich schadet, so Gugger,

der Schweiz auch als globalem Wirtschaftsstandort.

VON NIK GUGGER
NATIONALRAT EVP, ZH
nik.gugger@parl.ch

100 JAHRE
EVP

JAHRE
1919 - 2019

«EVP - DAMIT WERTE WIEDER ZÄHLEN.»

JUBILÄUMSFEST
9. März 2019
Gurten, Bern



44 JAHRE IM DIENST DER EVP: PETER REINHARD

An ihrer Delegiertenversammlung im März verabschiedet die EVP Kanton Zürich ihren Geschäftsführer Peter Reinhard nach 44 (!) Jahren in den mehr als verdienten Ruhestand. Er hinterlässt eine in den letzten Jahren stabil und gut aufgestellte Partei, die bei den jüngsten Gemeindewahlen in der Stadt Zürich sowie bei den Kantonsratswahlen dazugewann und einen Mitgliederzuwachs von gut einem Prozent aufweist. 23 Jahre lang politisierte er zudem für die EVP im Zürcher Kantonsrat.

In einem Interview mit srf blickt Peter Reinhard zurück auf sein langjähriges Engagement für die EVP:

SRF: Sie waren 44 Jahre für die EVP politisch aktiv. Wo zeigt sich dieses Engagement?

Peter Reinhard: Es gibt viele Themen. Wir haben uns für den Seeuferweg eingesetzt oder für kleinere Schulklassen. Hier haben wir konkret an Lösungen mitgearbeitet. An Erfolgen arbeiten in einer Konkordanzdemokratie immer auch andere mit. Und wir tragen dazu bei, dass man in der Politik anständig miteinander umgeht.

Was ist Ihr persönliches Highlight aus all diesen Jahren?

Der grösste Erfolg ist sicher, dass es die EVP nach über 100 Jahren noch gibt. Viele andere Parteien sind verschwunden, wir haben bei den letzten Wahlen zugelegt: In den Gemeinden, im Kantonsrat. Das zeigt, dass die Bevölkerung unsere Art des Politisierens, unseren Stil, ernst nimmt.

Sie sagen, Sie seien zufällig

zur EVP gekommen. Was hat Sie über 40 Jahre in dieser Partei gehalten?

Es ist eine Partei, die mit Grundwerten politisiert, die vom Evangelium her gegeben sind und diese dann sachbezogen umsetzt. Das ist ein Stil, der mir passt. Es braucht eine starke Mitte, damit zwischen

den Polen eine Kraft ist, die etwas bewirkt und Links und Rechts zu Kompromissen zwingt.

Die EVP Schweiz dankt Peter Reinhard von Herzen für sein über 40jähriges tatkräftiges Engagement für die EVP und wünscht ihm Gottes Segen!



«Wir tragen dazu bei, dass die Politik anständig bleibt.»



JUBILÄUM UND ERFOLGE

Die EVP Kanton Bern feiert 1919 stolz und voller Dankbarkeit ebenfalls ihr 100-jähriges Bestehen. Auftakt machte im Januar ein Parteitag unter dem Motto «Zukunft gestalten – Profil schärfen – Basis stärken: Bereit für weitere 100 Jahre EVP!». Es ging darum, das Profil der Partei zu schärfen und gemeinsam zu überlegen, wie Basis und Ortsparteien wirksam unterstützt und gestärkt werden können. Im Berner Grossen Rat erhielt ein

Vorstoss der EVP-Kantonsräte Ruedi Löffel und Tom Gerber breite Unterstützung. Er schützt künftig Minderjährige vor E-Zigaretten. In Lützelflüh hat die EVP bei den Wahlen für den Gemeinderat im Herbst zugelegt: Sie stellt in der neuen Legislatur mit dem bisherigen Franz Held und Fritz Peyer neu zwei Vertreter in der Exekutiven. Bei den Gemeindewahlen in Tramelan im Berner Jura hat die PEV mit vier Kandidierenden einen 3. Sitz hinzugewonnen. (rL)



Keine E-Zigaretten für Minderjährige im Kanton Bern



SCHULDENBERATUNG

Im Dezember debattierte der Solothurner Kantonsrat die von EVP-Kantonsrat André Wyss eingereichte Interpellation «Schuldenberatung». Regierung und Fraktionen äusserten sich positiv dazu. Gemäss Statistik sind 40% aller Haushalte verschuldet. Dabei sind die Steuerschulden mit 80% und die Krankenkassenschulden mit 54% die beiden häufigsten Positionen. Der Umkehrschluss: Im Falle einer erfolgreichen Schuldensanierung bzw. einer durch Prävention verhinderten Verschuldung profitiert die öffentliche Hand am meisten. Neben den offenen Rechnungen ist es für überschuldete Personen nicht möglich, gezielte Rückstellungen zu machen, wie zum Beispiel für private Vorsorge oder Weiterbildungen. Die wirtschaftliche Leis-

tungsfähigkeit stagniert somit jahrelang. Dies wirkt sich nicht nur für die betroffenen Personen und deren Umfeld nachteilig aus, sondern auch für die gesamte Wirtschaft. Die Basis ist somit gelegt: Im neuen Jahr wird der Kantonsrat einen entsprechenden Auftrag zum Ausbau der Schuldenberatung behandeln. (aw)



Vorausschauend: André Wyss

KANTON THURGAU



NACHHALTIGKEIT



WOLFGANG ACKERKNECHT
PRÄSIDENT EVP THURGAU

wolfgang.ackerknecht@evp-thurgau.ch

Erfolge und Herausforderungen für die EVP Kanton Thurgau: Elisabeth Rickenbach hat im Grossen Rat parallel zu anderen kantonalen Sektionen der EVP eine Motion zum «Jugendschutz auf E-Zigis und Co» eingereicht. Ende November gelang Thomas

Beringer die Wiederwahl in den Kreuzlinger Stadtrat. jevp-Vorstandsmitglied Simon Frey kandidiert am 10. Februar 2019 für den Aadorfer Gemeinderat. In Frauenfeld kämpft dann auch Roland Wyss um einen Sitz im Stadtrat (für 3 freie Sitze bewerben sich 6 neu Kandidierende).

Ihre Neujahrspressekonferenz stellen die Thurgauer EVPler unter das Motto «Nachhaltig politisieren und leben». Bei den vier Themen Wirtschaft, Familie, Gesundheit sowie Umwelt und Energie zeigen sie auf, wo Grenzen zu setzen sind bzw. welche Folgen grenzenloses Tun hat. Die Vorbereitungen für die Nationalratswahlen laufen. Die sechs Kandidierenden sind allerdings noch nicht nominiert.

KANTON BASELSTADT



EVP OHNE PLAKATE

Mit dem Dachslogan «Aus Leidenschaft für Mensch und Umwelt» geht die EVP BL in die Landratswahlen vom 31. März 2019. Sie will inhaltlich und bezüglich Zuwachs der Wählenden von über 13% an ihren Erfolg von 2015 anknüpfen. Sie verzichtet auch heuer wieder mutig aufs Zuplakatieren

der Landschaft. Den direkten Austausch mit der Bevölkerung sucht sie auf der Strasse, via Social Media und mit wenigen, dafür interaktiven Wahlplakaten. Kurze Impulssätze regen die Wählenden an, ihre Bedürfnisse und Ideen auf freien Schreibflächen einzubringen. (ah)



Verzichtet auch 2019 wieder mutig auf Plakate: EVP Baselland

KANTON AARGAU



MENSCHENHANDEL

Mit Entschlossenheit und Beharrlichkeit zum Erfolg: Die Argauer Regierung hat das Postulat der EVP-Grossrätin Lilian Studer zu Massnahmen gegen den Menschenhandel entgegengenommen. Der Regierungsrat nannte Sensibilisierungsmassnahmen innerhalb des Polizeikorps und versprach, für die komplexen Ermittlungen zusätzliche Ressourcen zu sprechen. In dem Postulat hatte die EVP-BDP-Fraktion Anfang Juni Massnahmen gefordert, um im Kanton künftig mehr Fälle von Menschenhandel aufzudecken und die Opfer besser zu schützen. Lilian Studer forderte konkret mehr Ressourcen und Spezialisten für die Aargauer Polizei, nachdem sie bereits 2015 eine Interpellation zum Thema eingereicht hatte.

Neueste Zahlen hatten jedoch gezeigt: Obwohl der Kanton Aargau bei der Anzahl der Erotikbetriebe an vierter Stelle steht, deckt er im Vergleich mit anderen Kantonen nur sehr wenig Fälle von Menschenhandel im Rotlichtmilieu auf. In Solothurn waren es in den letzten neun Jahren 79 Fälle, im Aargau im gleichen Zeitraum nur deren zwei.



Beharrlich: Lilian Studer

KANTON BASELSTADT



WECHSEL UND ERFOLGE

Priska Jaberg ist bereits Ende August für Elisabeth Augstburger nach deren Präsidentschaft im Baselländer Landrat nachgerückt. Elisabeth Augstburger tritt wegen Amtszeitbeschränkung nicht mehr an, kandidiert aber im Herbst 2019 für den Nationalrat. Erstmals kann die EVP BL einen Strafgerichtspräsidenten

(1. Instanz) stellen. Robert Karrer (CVP) wurde für die EVP gewählt. Andrea Heger wurde am 24. Dezember in stiller Wahl in den Gemeinderat von Hölstein gewählt. Sie wird künftig die Dossiers Jugend-, Behinderten, Asyl- und Altersfragen sowie Gesundheit betreuen. (sf)



Priska Jaberg



Elisabeth Augstburger



A.Z.B.
3001 Bern



VOLKSINITIATIVE

Unterschreiben Sie jetzt gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer!

Bitte unterschreiben Sie mit Familie, Freunden und Nachbarn den Unterschriftenbogen im Heft und schicken Sie ihn gratis umgehend ein!

Zusammen mit einer breiten Allianz aus Parteien und Organisationen hat die EVP Schweiz im Dezember die Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)» lanciert. Sie will Waffenexporte in Bürgerkriegsländer ein für alle Mal unterbinden, ebenso Exporte in Länder, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen.



Foto: Dirk Meisel

Marianne Streiff an der Medienkonferenz zur Lancierung der Initiative gegen Waffenexporte.

Der Beschluss des Bundesrates im Sommer dieses Jahres, künftig Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu erlauben, hatte in weiten Teilen der Bevölkerung Entrüstung ausgelöst: Beinahe 50'000 Menschen waren binnen kurzer Zeit dem Aufruf der Allianz gefolgt und hatten zugesichert, im Falle einer Initiative vier Unterschriften zu sammeln. «Damit hat die Schweizer Bevölkerung bereits mehr als deutlich signalisiert, dass sie ihren Wohlstand und ihre Landessicherheit nicht mit dem Leid und dem Leben der Zivilbevölkerung in Bürgerkriegsregionen erkaufen will», so EVP-Parteipräsidentin und

Nationalrätin Marianne Streiff an der Medienkonferenz. Nachdem der Ständerat im Dezember eine BDP-Motion zu mehr Mitsprache von Parlament und Bevölkerung bei Kriegsmaterialexporten an seine Kommission zurückgewiesen und damit den Entscheid darüber aufgeschoben hatte, lancierte die Allianz nun die angekündigte Initiative endgültig. Die Initiative will Waffenexporte in Bürgerkriegsländer ein für alle Mal unterbinden, ebenso Exporte in Länder, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen. Sie will die Bundesverfassung zudem dahingehend ändern,

dass künftig die Kriterien für derartige Ausfuhren nicht mehr per Verordnung von Verwaltung und Bundesrat entschieden werden. Ein Gesetz soll Mitsprache und Kontrolle von Parlament und Bevölkerung sicherstellen. Sollte der Ständerat der BDP-Motion zur Zuständigkeit des Parlaments für Waffenexporte später doch noch zustimmen, wäre ein Rückzug der Initiative möglich.

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr
Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern. 031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch
Redaktion und Layout: Dirk Meisel (dm)
Adressen und Aboverwaltung: Sara Schnegg
An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Wolfgang Ackerknecht, Sara Fritz (sf), Nik Gugger, Andrea Heger (ah), Ruedi Löffel (rl), Dirk Meisel, Roman Rutz, Marianne Streiff, Ellen Tedaldi (Lektorat), André Wyss (aw)
Herzlichen Dank an alle!
Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp
Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet

Frankierte Unterschriftenbögen finden Sie auch unter: www.evppev.ch oder anfordern unter info@evppev.ch

Nr.	Name (begleitend)	Wohnort (begleitend)	Unterschriften (Tag, Monat, Jahr)	Wahlkreis (Strasse und Hausnummer)	Bezug
1					
2					
3					
4					

Es braucht nur wenige Unterschriften pro sammelnder Person!

ClimatePartner
klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071